

Nicolette Kressl

Mitglied des Deutschen Bundestages
Finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: (030) 227 71210
Telefax: (030) 227 76501
E-Mail: nicolette.kressl@bundestag.de
Internet: www.kressl.de

05.03.2010

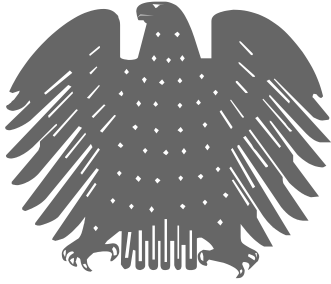
P R E S S E M I T T E I L U N G

Resolution zum Erhalt der Job-Center - SPD-Abgeordnete antwortet Oberbürgermeister Gerstner

Nicolette Kressl (SPD) unterstützt Baden-Badener Gemeinderat

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Nicolette Kressl hat sich voll und ganz hinter eine Resolution des Baden-Badener Gemeinderates gestellt, mit der gefordert wird, die Job-Center durch eine Änderung des Grundgesetzes in ihrem Bestand zu sichern. Diese Änderung ist notwendig, nachdem das Bundesverfassungsgericht eine solche verfassungsrechtliche Absicherung der sogenannten ARGEn gefordert hat.

„Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass wir parteiübergreifend eine Grundgesetzänderung auf den Weg bringen sollten. Die drohende Zerschlagung der Job-Center muss unbedingt verhindert werden. Vor diesem Hintergrund begrüße ich, dass die Union in einem ersten Schritt ihren Widerstand gegen eine Verfassungsänderung zur Absicherung der Arbeitsgemeinschaften aufgegeben und das Gesprächsangebot des SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier und des Ministerpräsidenten Kurt Beck angenommen hat. Am vergangenen Freitag hat



Nicolette Kressl

Mitglied des Deutschen Bundestages
Finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: (030) 227 71210
Telefax: (030) 227 76501
E-Mail: nicolette.kressl@bundestag.de
Internet: www.kressl.de

05.03.2010

P R E S S E M I T T E I L U N G

sich eine interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe konstituiert, um bis Ende März konkrete Vorschläge zu erarbeiten“, antwortete Kressl dem Baden-Badener Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner, der ihr die Resolution übermittelt und um Unterstützung gebeten hatte.

Die finanzpolitische Sprecherin der SPD im Deutschen Bundestag erinnerte auch daran, dass bereits im Frühjahr vergangenen Jahres der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) in Zusammenarbeit mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten einen Kompromiss zur Grundgesetzänderung vorgelegt habe. Schon damals hätte man die Weichen für eine vernünftige Lösung stellen können, so Kressl.

„In dem Bemühen, nun zügig eine Grundgesetzänderung zur Schaffung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG) als Ersatz für die vom Bundesverfassungsgericht beanstandeten ARGEn anzustreben, können Sie und der Baden-Badener Gemeinderat sich auf meine volle Unterstützung verlassen“, heißt es abschließend in Kressls Brief an das Baden-Badener Stadtoberhaupt.